

Überwachungsplan

der Regierung von Oberbayern für den Bereich Immissionsschutz

Stand: 16.11.2015

gemäß § 52a BImSchG soll der Überwachungsplan eine planmäßige und nachvollziehbare Überwachung der Anlagen im Regierungsbezirk der Regierung von Oberbayern sicherstellen. Im Überwachungsplan werden die im Geltungsbereich des Überwachungsplans liegenden Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie (IE-RL, im Anhang 1 der 4. BImSchV, Spalte d mit „E“ gekennzeichnet) einschließlich der wasserwirtschaftlich zugeordneten Überwachung von Einleitungen nach der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung (IZÜV) aufgeführt. Dieser Überwachungsplan wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

1. Zuständigkeit und Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Überwachungsplans umfasst alle E-Anlagen im Regierungsbezirk Oberbayern die von den folgenden Überwachungsbehörden überwacht werden. Diese Anlagen sind in Anhang 1 aufgeführt.

1.1 Regierung

Die Regierung von Oberbayern ist nach Art. 4 Abs. 1 BayImSchG Überwachungsbehörde für

- Anlagen der öffentlichen Versorgung zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas durch den Einsatz von Brennstoffen in einer Verbrennungseinrichtung, ausgenommen Anlagen zum Einsatz von Biogas und von naturbelassenem Holz mit einer Feuerungswärmeleistung von weniger als 10 MW, sowie für Elektromsplananlagen der öffentlichen Versorgung mit einer Oberspannung von 220 Kilovolt oder mehr einschließlich der Schaltfelder,
- Anlagen der öffentlichen Entsorgung zur Lagerung gefährlicher Abfälle zur Beseitigung mit Ausnahme der Anlagen der Träger der Sonderabfallbeseitigung.

1.2 Kreisverwaltungsbehörden

Die Kreisverwaltungsbehörden:

- Landratsamt Altötting
- Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen
- Landratsamt Berchtesgadener Land
- Landratsamt Dachau
- Landratsamt Ebersberg
- Landratsamt Eichstätt
- Landratsamt Erding

- Landratsamt Freising
- Landratsamt Fürstenfeldbruck
- Landratsamt Garmisch-Partenkirchen
- Landratsamt Landsberg am Lech
- Landratsamt Miesbach
- Landratsamt Mühldorf am Inn
- Landratsamt München
- Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen
- Landratsamt Pfaffenhofen a. d. Ilm
- Landratsamt Rosenheim
- Landratsamt Starnberg
- Landratsamt Traunstein
- Landratsamt Weilheim-Schongau
- Landeshauptstadt München
- Stadt Ingolstadt
- Stadt Rosenheim

sind nach Art. 4 Abs. 1 BayImSchG Überwachungsbehörden für alle nach Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen mit Ausnahme von

- Anlagen der öffentlichen Versorgung zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas durch den Einsatz von Brennstoffen in einer Verbrennungseinrichtung, ausgenommen Anlagen zum Einsatz von Biogas und von naturbelassenem Holz mit einer Feuerungswärmeleistung von weniger als 10 MW, sowie für Elektromspspannanlagen der öffentlichen Versorgung mit einer Oberspannung von 220 Kilovolt oder mehr einschließlich der Schaltfelder,
- Anlagen der öffentlichen Entsorgung zur thermischen Behandlung von Abfällen zur Beseitigung und Anlagen der öffentlichen Entsorgung zur Lagerung oder Behandlung gefährlicher Abfälle zur Beseitigung sowie
- Tierkörperbeseitigungsanstalten und Sammelstellen
- Anlagen, die der Aufsicht der Bergbehörde unterliegen.

1.3 Bergämter Südbayern und Nordbayern

Das Bergamt Südbayern ist nach Art. 4 Abs. 1 BayImSchG Überwachungsbehörde für

- Anlagen, die der Aufsicht der Bergbehörde unterliegen.

1.4 Landesamt für Umwelt

Das Landesamt für Umwelt trifft nach Art. 4 Abs. 1 BayImSchG die erforderlichen Feststellungen bezüglich der Einhaltung der Anforderungen an

- Tierkörperbeseitigungsanstalten und Sammelstellen sowie
- Anlagen zur thermischen Behandlung von Abfällen zur Beseitigung und
- Anlagen der Träger der Sonderabfallbeseitigung.

2. Allgemeine Bewertung der wichtigen Umweltprobleme

Bei der Bewertung der wichtigen Umweltprobleme im Geltungsbereich des Überwachungsplans sind insbesondere die aufgestellten Luftreinhalte- und Lärmminde-rungspläne zu berücksichtigen. Entsprechende Luftreinhaltepläne sind im Inter-netangebot der Regierung von Oberbayern veröffentlicht. Lärmminde-rungspläne sind im Internetangebot der Stadt München und der Regierung von Oberbayern veröffent-licht. Darüber hinaus sind die aufgestellten Bewirtschaftungs- und Maßnahmenpläne nach Wasserrahmenrichtlinie zu berücksichtigen. Entsprechende Pläne sind im In-ternetangebot unter www.wrrl.bayern.de veröffentlicht.

Darstellung der wichtigen Umweltprobleme im Regierungsbezirk Oberbayern:

NO₂- und Feinstaub-Belastung bei Wohnbebauung im Nahbereich von Hauptver-kehrsstraßen.

Belastung durch Verkehrslärm im Nahbereich von Haupteisenbahnstrecken und Hauptverkehrsstraßen.

3. Verfahren zur Aufstellung von Überwachungsprogrammen

Die zuständigen Überwachungsbehörden erstellen oder aktualisieren auf der Grund-lage des Überwachungsplanes regelmäßig das Überwachungsprogramm entspre-chend Anhang 2. Insbesondere werden entsprechend Anhang 4 die zu überwachen-den Anlagen mit den Zeiträumen, in denen Vor-Ort-Besichtigungen stattfinden müs-sen, aufgelistet. Zusätzlich sind in Anhang 5 im Geltungsbereich des Überwachungs-programms der Landratsämter und Kreisfreien Städte die Anlagen aufzuführen, die nicht von diesen Überwachungsbehörden überwacht werden. Dies betrifft die Anla-gen, die von den Regierungen, vom Landesamt für Umwelt und von den Bergämtern überwacht werden.

3.1 Bewertungsschema für die routinemäßige Überwachung

Das Bewertungsschema für die routinemäßige Überwachung der E-Anlagen ist An-hang 3 zu entnehmen. § 52a BImSchG sieht für E-Anlagen eine risikobasierte Anla-genüberwachung vor. Die Basis hierfür bildet Artikel 23 der IE-RL. Der Zeitraum zwi-

schen zwei Vor-Ort-Besichtigungen richtet sich nach einer systematischen Beurteilung der mit der Anlage verbundenen Umweltrisiken und darf ein Jahr bei Anlagen der höchsten Risikostufe und drei Jahre bei Anlagen der niedrigsten Risikostufe nicht überschreiten. Das in Anhang 3 beigefügte Bewertungsschema wird für jede Anlage im Geltungsbereich des Überwachungsplans herangezogen und ist Bestandteil des von der zuständigen Überwachungsbehörde aufzustellenden Überwachungsprogramms.

Das Bewertungsschema ist unterteilt in die Blöcke A, B und C. Zuerst werden im Block A die Anlagenkriterien anhand formaler Kriterien bewertet, die analog auch auf die vom Geltungsbereich der 13./17. BImSchV erfassten Anlagen anzuwenden sind. Insgesamt können danach 34 Punkte vergeben werden. Ab 18 Punkten wird die Anlage als Zwischenergebnis einem 1-jährigen Turnus zugeordnet und unter 18 Punkten einem 3-jährigen Turnus. Anschließend wird im Block B durch die Betreiberkriterien das in A ermittelte Zwischenergebnis angepasst. So kann beispielsweise bei Betrieben die Teilnahme an EMAS dazu führen, dass die Anlage im Endergebnis (C) im 2-jährigen Turnus (Risikostufe 2) zu überwachen ist.

Wird bei einer routinemäßigen Überwachung festgestellt, dass der Betreiber einer Anlage in schwerwiegender Weise gegen die Genehmigung verstößt, ist innerhalb von 6 Monaten nach der Feststellung des Verstoßes eine zusätzliche Vor-Ort-Besichtigung (nicht routinemäßige Überwachung) durchzuführen.

3.2. Nicht routinemäßige Überwachung

Eine nicht routinemäßige Überwachung ist entsprechend der jeweiligen Situation durchzuführen.

Insbesondere in folgenden Fällen kann eine nicht routinemäßige Überwachung erforderlich sein:

- ◆ Neugenehmigung einer Anlage (im Zusammenhang mit der Abnahme)
- ◆ durchgeführte Änderungsgenehmigung (im Zusammenhang mit der Abnahme)
- ◆ Anzeige nach § 15 BImSchG
- ◆ Nichteinhaltung von Vorschriften und Genehmigungsauflagen (z. B. Mitteilungen nach § 31 (neu) BImSchG)
- ◆ besondere Vorkommnisse wie z.B. Beschwerden wegen ernsthafter Umweltbeeinträchtigungen und bei ernsthafte umweltbezogenen Unfällen und Vorfällen
- ◆ zur Feststellung des ordnungsgemäßen Betriebs nach der Behebung von Störungen

Hierbei kommen im Wesentlichen folgende Maßnahmen in Frage:

- ◆ unverzügliche Prüfung von Meldungen und Unterlagen
- ◆ Vor-Ort-Besichtigungen
- ◆ Prüfung und ggf. Veranlassung von Abhilfemaßnahmen
- ◆ Information anderer betroffener Behörden

4. Bestimmungen für die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Überwachungsbehörden

Die nach §§ 52 und 52a BImSchG zuständige Überwachungsbehörde legt das Datum der Vor-Ort-Besichtigung entsprechend den Vorgaben des Überwachungsprogramms fest. Diese Überwachungsbehörde lädt hierzu alle betroffenen Fachstellen ein. Die Vor-Ort-Besichtigung durch das zuständige Wasserwirtschaftsamt zur Überwachung der Einleitung nach IZÜV kann gleichzeitig oder möglichst zeitnah zu der Überwachung nach §§ 52 und 52a BImSchG durchgeführt werden.

5. Überwachungsbericht

Der Überwachungsbericht ist von der zuständigen Überwachungsbehörde zu erstellen. Für jede routinemäßige und nicht routinemäßige Überwachung entsprechend § 52a Abs. 3 bis 5 BImSchG ist das in Anhang 6 aufgeführte Formblatt auszufüllen. Der Überwachungsbericht ist dem Betreiber innerhalb von zwei Monaten nach der Vor-Ort-Besichtigung durch die Überwachungsbehörde zu übermitteln.

6. Geltungsdauer

Dieser Überwachungsplan gilt zeitlich unbegrenzt und ist ggf. zu aktualisieren. Insbesondere folgende Fälle können zur Überarbeitung des Überwachungsplans führen:

- ◆ Neugenehmigung einer Anlage
- ◆ durchgeführte Änderungsgenehmigung
- ◆ Anzeige nach § 15 BImSchG
- ◆ Änderung beim Umweltmanagementsystem
- ◆ neue Gesetzeslage
- ◆ neue Erkenntnisse durch durchgeführte Überwachungen
- ◆ besondere Vorkommnisse wie z.B. umweltrelevante Störungen

7. Veröffentlichung

Der Überwachungsplan wird von der Regierung von Oberbayern im Internet veröffentlicht. Die Überwachungsprogramme der im Geltungsbereich des Überwachungsplans liegenden Anlagen sind von der zuständigen Überwachungsbehörde im Internet zu veröffentlichen. Der Überwachungsbericht nach Anhang 6 für die Überwachungsmaßnahme ist spätestens vier Monate nach der durchgeführten Überwachung von der Überwachungsbehörde im Internet zu veröffentlichen. Die Dokumente werden schreibgeschützt im Internet veröffentlicht. Hierbei sind der Datenschutz allgemein und insbesondere Betriebsgeheimnisse zu berücksichtigen.

7. Anhänge zum Überwachungsplan

Anhang 1 zum Überwachungsplan:

Zusammenstellung der im Regierungsbezirk Oberbayern zu überwachenden E-Anlagen im Geltungsbereich des Überwachungsplans für den Bereich Immissionsschutz einschließlich der wasserwirtschaftlich zugeordneten Überwachung der Einleitungen nach der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung (IZÜV).

Anhang 2 zum Überwachungsplan:

Formblätter für Überwachungsprogramme

2.1 der Regierung

2.2 der Landratsämter und Kreisfreien Städte

2.3 des Landesamtes für Umwelt

2.4 des Bergamtes

Anhang 3 zum Überwachungsplan

(Formblatt für Anlage 2 des Überwachungsprogramms):

Bewertungsschema

Anhang 4 zum Überwachungsplan

(Formblatt für Anlage 1 des Überwachungsprogramms):

Zusammenstellung der von der Überwachungsbehörde im Geltungsbereich des Überwachungsprogramms zu überwachenden Anlagen **mit** Überwachungsturnus.

Anhang 5 zum Überwachungsplan

(Formblatt für Anlage 4 des Überwachungsprogramms):

Zusammenstellung von Anlagen anderer Überwachungsbehörden im Geltungsbereich des Überwachungsprogramms der Landratsämter und Kreisfreien Städte.

Anhang 6 zum Überwachungsplan

(Formblatt für Anlage 3 des Überwachungsprogramms):

Überwachungsbericht